



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.68 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Enztalbote Hübner & Co., Wildbad; Hochelmer Gewerbedruckerei Hübner & Co., Stuttgart. — Postfach 20174 Stuttgart. — Abonnementpreis: Im Anzeigenteil die einseitige 16 mm breite Zeilenbreite 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 1 Pf.; im Textteil die 20 mm breite Zeilenbreite 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkreten oder wenn gerichtliche Vertretung notwendig wird, fällt jede Rechtschreibänderung weg. — Druck, Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Der Volkswagen kommt!

Staatliche Führung der deutschen Kraftverkehrswirtschaft

Die Rede, mit der der Führer die diesjährige Internationale Automobil-Ausstellung eröffnete, war sichtlich von dem Willen erfüllt, die in den letzten drei Jahren in raschem Tempo in Gang gebrachte Aufwärtsentwicklung der deutschen Kraftverkehrswirtschaft fortzusetzen. Aus ihr sprach aber auch die Zuversicht, daß es möglich sein wird, sie dem Ziele einer Durchsetzung des deutschen Verkehrs mit Kraftwagen auf breiter wirtschaftlicher Grundlage nun auch zuzuführen. Es lag nahe, daß der Führer dabei an einigen Stellen auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika hinwies, die schon vor einem Dutzend von Jahren einen Kraftwagenbestand und eine Kraftfahrzeugdichte im Verhältnis zur Bevölkerung aufwiesen, die selbst die in dieser Hinsicht fortgeschrittensten europäischen Staaten, wie z. B. Großbritannien und Frankreich, von Deutschland gar nicht zu reden, heute noch nicht erreicht haben.

Um 1924 herum fing die deutsche Kraftverkehrswirtschaft an, sich für die Entwicklung, den Stand und die Lebensbedingungen der amerikanischen zu interessieren. Damals sind Studienreisen von Wirtschaftlern und Behördenvertretern zum ersten Male nach dem Kriege nach USA unternommen worden, um ein unmittelbares Bild von den Verhältnissen drüben zu gewinnen und aus ihnen für das zu lernen, was Deutschland vielleicht nötig sein könnte. Der Abstand zwischen drüben und hier war nicht nur zahlenmäßig gewaltig. In einzelnen Staaten der Union auf 5 bis 6 Einwohner ein Kraftfahrzeug, in Deutschland damals noch auf mehr als 100. Was den deutschen Besuchern in New York und anderen amerikanischen Großstädten, was ihnen aber auch auf den weiten, endlosen Landstraßen quer durch den ganzen Kontinent hindurch auffiel, war eine grundsätzlich andere Einstellung zum Kraftfahrzeug als bei uns. Und sie war Gemeingut nicht nur des Publikums, sondern auch der Behörden.

Der Führer hat in seiner Rede Wert darauf gelegt, die neue Einstellung, die im Dritten Reich inzwischen Platz gegriffen hat, zu unterstreichen und sie der Vergangenheit gegenüberzustellen. Er glaubt, in dem falsch verstandenen Sozialismus und dem grundsätzlichen Irrtum der Formaldemokratie eine der Ursachen dafür zu finden, daß das Kraftfahrzeug im November-Deutschland sich nicht recht entwickeln konnte. In der Tat ist es ein Zeugnis für die wirtschaftliche Unklugheit der damaligen Zeit und für die subalterne Primitivität ihrer Auffassungen, daß der Erwerb eines Personenkraftwagens und eines einigermaßen leistungsfähigen Motorrades einer Luxussteuer in Höhe von 15 Prozent des Kaufpreises unterworfen wurde. Der Gedanke mutet uns Heutzutage so absurd an, daß wir die heftigen Kämpfe, die die weiterbildenden Vertreter der Kraftverkehrswirtschaft gegen diesen Aning der Luxussteuer auf Personenaufmobile damals, und lange Jahre leider vergeblich, führen mußten, kaum noch begreifen. Und doch war diese Luxusbesteuerung nur eines der Zeichen dafür, daß die Zeit die Mission des Kraftfahrzeuges, wirtschaftlich, kulturell, sozial, nicht begriff. Der Führer fand die harte Formulierung, daß Finanzamt und Polizeidirektion geradezu an der Ausrottung des Kraftfahrzeuges arbeiteten. Auch dafür können die einstigen Vorkämpfer des Automobils leider nur zuviel Belege erbringen. Die „Kraftfahrzeugordnung“ beispielsweise war ein mit allerhand Fingerringen gespicktes Gesehgebungswerk, das wohl dazu angetan sein konnte, die Freude am Besitz und an der Benutzung eines Kraftwagens oder Motorrades zu verleiden. Was aber noch wichtiger war, großzügige, wirklich fördernde Maßnahmen, die der Kraftwagenverwendung zugute gekommen wären, fehlten fast ganz.

Es ist das Verdienst der nationalsozialistischen Regierung, daß sie, fast mit dem Tage ihres Amtsantritts beginnend, die alte überlebte Auffassung, die das Kraftfahrzeug als einen vom Volk beneideten Luxusgegenstand der Besitzenden ansah, aus den Amtsstuben und aus den Köpfen der staatlichen Funktionäre austrieb. Eine ihrer ersten Taten war, daß sie die sehr hohe Benutzungssteuer für Kraftfahrzeuge — neben der schon einige Jahre vorher gefallenen Luxussteuer eine schwere Belastung für die Kraftverkehrswirtschaft, beseitigte. Es ist dann etwas später eine Neufassung der Kraftfahrzeuggesetzgebung gekommen und wir bekamen, vor allem bedeutsam, die einheitliche Höhe des Reiches über den ganzen Komplex des Verkehrsrechts. Dazu der Bau der Autostraßen, von denen mindestens 1000 Kilometer schon in diesem Jahre benutzbar sein werden, die tatkräftige Förderung der Eigenproduktion deutschen Treibstoffes, die uns in fortgeschrittenem Maße immer mehr vom Auslande unabhängig machen wird, die jetzt gelungene Erzeugung synthetischen Gummis, der nach den Erprobungen der Reichswehr und anderer staatlicher Stellen den natürlichen an Dauer und Haltbarkeit um 10 bis 30 Prozent übertrifft.

Schließlich aber — und die Mitteilungen, die der Führer darüber machte, waren neu — dürfen wir dank der Anteilnahme der Regierung an der Lösung dieses wichtigen Pro-

blems damit rechnen, daß wir in absehbarer Zeit den „Volkswagen“ haben werden, der im Preise der Einkommenslage breiterer Volksschichten angepaßt ist. Wenn wir in einigen Jahren, wie der Führer es verweh, drei bis vier Millionen Kraftwagen auf den deutschen Straßen haben wollen, dann ist die Erfüllung dieser wirtschaftlichen Voraussetzung natürlich unerlässliche Voraussetzung. Es wird jetzt darauf ankommen, daß die Industrie die ihr gebotenen Handhaben mit der in den letzten drei Jahren neubelebten Entschlußkraft ergreift und den „Volkswagen“, an dem der damit beauftragte Konstrukteur arbeitet, zu einem entsprechenden Abiah gewährliehenden Preise herausbringt.

Der Aufschwung der deutschen Kraftverkehrswirtschaft ist zu einem erheblichen Teil das Werk staatlicher Führung, genau wie ihr Verfall die Folge staatlicher Verantwortungslosigkeit den Erfordernissen und den Ansprüchen der Motorisierung des Verkehrs gegenüber gewesen ist.

50 000 Gemeinden stellen aus!

Olympiaschau der deutschen Selbstverwaltung — Täglich fast zwei Milliarden Gemeindeforderungen!

Im Rahmen der großen deutschen Olympiaveranstaltungen wird eine für den Juni (7.—21.) vom Deutschen Gemeindetag vorbereitete Schau: „Die Deutsche Gemeinde“, eine bedeutungsvolle Rolle spielen. Sie findet ihre äußere Begründung in dem zur gleichen Zeit in Berlin stattfindenden Internationalen Gemeindetag Kongress, an dem sich über 40 Nationen beteiligen und auf dessen Arbeitsplan neben kommunalwissenschaftlichen Angelegenheiten hauptsächlich die gemeindliche Arbeitslosigkeit und Kulturpolitik stehen. Ihre innere Berechtigung aber hat die Schau in dem neuen Aufblühen des deutschen Gemeindelebens unter dem Zeichen des nationalsozialistischen Staatsgedankens, der gerade im Gemeindeleben der Welt in seiner ganzen Auswirkung vor Augen geführt werden kann.

Es gibt rund 50 000 Gemeinden in Deutschland, die die neuartige Gemeindeordnung vom April 1935 unter ein einheitliches Recht stellen und denen sie im wahren Geiste der Selbstverwaltung eine tatsächliche Verantwortlichkeit schuf, indem sie diese anstelle der früheren anonymen Gemeindefolgen dem Gemeindeführer übertrug.

Alle diese 50 000 in der größten Gemeindeorganisation der Welt, dem Deutschen Gemeindetag zusammengefaßten Gemeinden, die größten Städte und die kleinsten Siedlungsdörfer, werden sich an der Schau beteiligen, die damit zu der größten und umfassendsten Gemeinde-Leistungsausstellung werden wird, die jemals gezeigt wurde. Vor genau 30 Jahren war die letzte Gemeindeausstellung in Deutschland, und die Kurze des beispiellosen Aufstiegs und der Wandlungen, des Abnehmens in Parteiwirren und neuen Aufblühens deutet den Weg an, den in der Schau die Fachleute der ganzen Welt abfahren werden.

Aber diese Olympiaschau wird darüber hinaus die erste Gesamtübersicht kommunaler Tätigkeit und Wirtschaft geben, denn sie wird das ganze Leben der deutschen Gemeinde zu weitwirkender Darstellung bringen. Auch die Rolle der Gemeinde als Führer und Anreger, als Auftraggeber und Verbraucher wird einer umfassenden statistischen Erforschung unterzogen. Ihr zahlenmäßiges Ergebnis ist wahrhaft aufsehenerregend. Es beweist nämlich, daß die

Kurze Tagesübersicht

Auf einem Festabend des Reichverbandes der Automobilindustrie sprach Reichsverkehrsminister von Eickubens über die Aufgaben der Autoindustrie unter Bezugnahme auf die Führer-Rede.

Der Schweizerische Bundesrat hat die Landesleitung und die Kreisleitungen der NSDAP. in der Schweiz verboten.

In Paris hat die Kammer am Dienstag die Beratung des sowjetrussischen Beistandspaktes wieder ausgenommen. Er soll nach einer Rede Glandins am Donnerstag verabschiedet werden.

In Spanien ist noch keine Ruhe eingetreten. Die Gewerkschaften in Saragossa haben nach blutigen Zusammenstößen mit der Polizei den Generalstreik erklärt.

In Paraguay ist eine Militärrevolte zum Ausbruch gekommen, die die Regierung fürgte. Der Staatspräsident soll auf einem Kriegsschiff geflüchtet sein.

Die aus Garmisch zurückgekehrten französischen Wintersportler geben in den Pariser Blättern ihrer Begeisterung über den Empfang und die Organisation bei den Olympischen Spielen Ausdruck.

Gemeinden insgesamt in ihrem letzten, rechnerisch abgeschlossenen Haushaltsjahr 1933/34 für rund 1,9 Milliarden Mark unmittelbarer Aufträge an die freie Wirtschaft gegeben, von denen etwa 1,5 Milliarden Mark laufende Beträge aus dem ordentlichen Haushalt waren.

Die Schau wird die wirtschaftliche Bedeutung dieser Feststellung in einer bunten Reihe lebendiger Bilder zeigen. Etwa 10: Die Müllabfuhr als Wirtschaftsprüfung. Die Städte mit über 50 000 Einwohnern in Deutschland müssen jährlich 14 Millionen Kubikmeter Müll beseitigen. Für Müllabfuhr, Verwertung und Straßenreinigung müssen die Städte mit über 20 000 Einwohnern jährlich etwa 211 Millionen aufwenden. Die Straßenlänge, die sie täglich zu reinigen haben, umfaßt 428 Millionen Quadratmeter. Die 4064 Kilometer Berliner Straßen entsprechen einer Straße von Berlin bis Bagdad, die täglich gereinigt, unterhalten und laufend erneuert werden muß.

Die Darstellung des Eigenbedarfs der Verwaltungen, der Versorgung der Bevölkerung mit den täglichen Nahrungsmitteln in den Marktorganisationen, der größten Binnenhäfen Deutschlands, die zugleich die größten der Erde sind, und der tausend anderen Leistungen gemeindlicher Tätigkeit werden die Gesamtschau der Gemeinden zu einer bedeutungsvollen Bekundung deutschen Lebens machen, das sich nirgends edler und tiefer als im Daseinskreis der Heimatgemeinde erkennen läßt.

Dr. G. Haegermann.

Spanien zwischen rechts und links

Regierungsbildung bleibt schwierig

Die Wahlen, die soeben in Spanien stattgefunden haben, waren Wahlen gegen die Rechtsopposition der Cortes. Sie, deren Kern die katholische Volksaktion unter Gil Robles und die Monarchisten bilden, hatte Anfang Januar dieses Jahres dem Präsidenten der Cortes eine Petition überreicht, in der die strafgerichtliche Verfolgung der Regierung wegen verfassungswidrigen Verhaltens gefordert wird. Nach Ansicht der Petenten hätte die Regierung sich gemäß der Verfassung spätestens am 2. Januar den Cortes vorstellen oder aber die Cortes auflösen müssen. Sie habe teils von beiden getan, sondern das Parlament verfassungswidrig verlegt. Dieser Antrag war vom Parlamentarismusschuss zum Beschluß erhoben worden und die Cortes hätten nunmehr darüber abzustimmen gehabt. Dem beugte die Regierung dadurch vor, daß sie die Cortes mit sofortiger Wirkung auflöste.

Der Sinn der Wahlen, die am 16. Februar stattgefunden haben, konnte also nur sein, eine Entscheidung gegen die Rechte herbeizuführen. Das ist insofern gelungen, als, soweit die bisher vorliegenden Ergebnisse ein Bild über den Wahlausgang zulassen, die Parteien der Linken erheblich stärker in das neue Parlament einzuziehen werden. Man rechnet, daß sie 180 bis 200 Abgeordnete anstelle der bisherigen 125 haben werden. Aber es war gar nicht die Absicht des Ministerpräsidenten Portela-Ballaberas, die Rechtsopposition, die ohnedies der Regierung mindestens so unangenehm war wie die Linksopposition, zu stärken oder etwa gar ihr zur Mehrheit zu verhelfen. Ihm kam es darauf an, die Mittelgruppen des Parlaments fähig zu machen, aus sich heraus eine Regierung zu tragen, ohne daß es wieder notwendig würde, zu dem brüchigen Koalitionssystem zu greifen, mit dem sich Spanien in den letzten Jahren notdürftig geholfen hat und dabei von einer Ministerkrisis zur anderen taumelte. Das war der Sinn der Aufstellung eigener „zentristischer“ Kandidaten.

Der Erfolg, den Portela-Ballaberas damit erzielte, wird ihn nur teilweise befriedigen. Seine neue Partei wird etwa 60 bis 80 Mandate erhalten, viel zu wenig, um eine selbständige Bedeutung zu gewinnen. Immerhin wird in dem unfruchtbaren Streit zwischen rechts und links diese Mittelgruppe vielfach den Ausschlag geben und dadurch ein Gewicht weit über ihre Zahl hinaus gewinnen. Es wird von der Führung abhängen, ob sie durch richtigen Einsatz die Entscheidungen in die vom Ministerpräsidenten gewünschte Richtung zwingen kann. Man wird annehmen müssen, daß der Wahlgewinn dieser Mittelgruppe hauptsächlich auf Kosten der zwischen rechts und links hin- und herlaufenden Elemente erzielt worden ist.

Daneben allerdings auch auf Kosten der Radikalen des Herrn Lerroux, von denen nur noch ein Resthaufen wieder in die Cortes einzieht. Lerroux selbst ist nicht wieder gewählt worden. Geschlagen wurde auch der Faschistenführer Primo de Rivera. Gil Robles, der sich vorfristig in fünf Wahlkreisen aufstellen ließ, wurde in vierem gewählt.

Die katholische Volksaktion Gil Robles wird auch weiterhin die stärkste Partei des Rechtsblocks bleiben. Dieser Rechtsblock steht in ihm den Reiter Spaniens. Sein Programm ist bekannt: Durchsetzung der Politik mit dem Geiste der katholischen Kirche, Verfassungsrevision im Sinne einer Abkehr vom schrankenlosen Parlamentarismus, Aufhebung der Trennung von Kirche und Staat. Gil Robles ist in seiner politischen Laufbahn auch von den ausgeprägten monarchistischen Parteien akturiert worden, die nach einer lan-

gen Zeit der Unterdrückung jetzt wieder das Haupt erheben. Immerhin trauen sie ihm heute nicht ganz, denn als monarchistisch kann Gil Nobles nicht gelten.

Der Linksbund auf der anderen Seite, der die Errungenschaften der spanischen Revolution als eine unvermeidliche Auswirkung des politischen Unvermögens der Linksparteien dahinschwimmen läßt, hat sich bei den Wahlen ganz darauf eingestellt, aus den Spannungen Gewinn zu ziehen, die von der Oktober-Revolution des Jahres 1934 her noch zurückgeblieben sind. Noch befinden sich 30 000 Revolutionäre in Gefangenschaft, über die bisher ein Gerichtsverfahren noch nicht abgehalten wurde. Ihre Befreiung stellen sie an die Spitze ihres Wahlprogramms. Daneben: Erweiterung der Volkserziehung, Agrarreform und ernsthaften Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Mit diesen Forderungen haben sie offenbar auf die unzufriedenen Massen Eindruck gemacht und ihren beachtlichen Stimmengewinn erzielt. Aber dieser Linksbund umfaßt sehr verschiedenartige Elemente, von den linken Republikanern über Radikalsozialisten und Sozialisten bis zu den Kommunisten. In der Wahlagitatio konnte eine gewisse Einheitsfront erzielt werden. In der parlamentarischen Arbeit wird sie kaum vorhanden sein, es sei denn, daß alle diese Linksparteien sich in die Gefolgschaft der Kommunisten begeben. Es wird noch wie vor schwierig sein, eine wirklich von Autorität getragene Regierung zu bilden. Die bereits ausgebrochenen Unruhen zeigen, daß die Lage in Spanien nicht entspannt ist.

238 von 473 Sitzen

Madrid, 18. Febr. Nach den fast vollständig vorliegenden Ergebnissen der spanischen Cortes-Wahlen dürfte sich folgende Verteilung der Sitze auf die verschiedenen Parteigruppen ergeben:

Linksparteien (absolute Mehrheit)	238 Sitze
Volkspartei (Gil Nobles)	90 Sitze
Regierungsparteien (Mitte)	35 Sitze
Übrige Parteien	110 Sitze

Nach einer Sabas-Meldung aus Gibraltar sind dort über hundert Spanier eingetroffen, die ihr Land nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse verlassen haben. Unter den Flüchtlingen befindet sich auch der frühere Innenminister des Kabinetts Ferrer, Baquero.

Mord im Ragenhloß?

Ein Indizienprozeß vor dem Kölner Schwurgericht

SGD. Köln, 18. Febr. Bereits um die Jahreswende 1934/35 war die Kölner Bevölkerung in Aufregung versetzt worden. Damals drangen die ersten Nachrichten über eine eigenartige Geschichte in die Öffentlichkeit. Nicht nur, daß eine begüterte, in einem schloßartigen Gebäude lebende alte Witwe seit drei Monaten verschwunden war, auch die Hausdurchsuchung durch die Polizei hatte so merkwürdige Dinge ans Tageslicht gefördert, daß das Interesse und die Teilnahme der Bevölkerung begreiflich sind.

In einem Kölner Vorort wohnte die 67jährige Witwe Graf. Sie war eine eigentümliche, um nicht zu sagen schrullige Frau, deren Hauptumgang und Hauptbeschäftigung Tiere aller Art waren, vornehmlich Katzen, Hühner, Enten und Gänse. Man kann nicht anders sagen, als daß ihre übertriebene Tierliebe geradezu krankhaft geworden war. Menschen ließ sie nicht zu sich heranzukommen. Der einzige, der das Innere des Hauses betreten durfte, war der damals 41jährige Verwalter Ludwig, der auch seine Wohnung in ihrem Hause hatte. Bezeichnend für den Ruf, den Frau Graf in der Nachbarschaft genoss, ist die Tatsache, daß die Villa der Frau Graf halb im Scherz, halb im Ernst als das verwunschene Schloß oder auch das „Ragenhloß“ genannt wurde.

Am 7. September 1934 hatte sich Frau Graf im Garten ihres Hauses irgend etwas zu schaffen gemacht, wobei sie von Nachbarn und Vorübergehenden gesehen wurde. Seitdem hat sie kein fremdes Auge mehr gesehen, aber da sie ja als schrullige Frau bekannt war, fiel zunächst ihr Nichterscheinen nicht auf. Erst nach drei Monaten, also im Dezember wurde eine Anzeige erstattet. Die Polizei fand bei ihrem Eintreffen am Eingang des Hauses die reichlich eigenartige Aufschrift vor, daß sich Besucher schriftlich anzumelden hätten. Da die Polizei mit Recht annahm, daß diese „Anschreiben“ für amtliche Besuche nicht auf Gültigkeit haben könne, wollte sie den Vorgarten betreten. Da sich jedoch keine Klingel vorfand, mußte sie sich mit Steinwürfen bemerkbar machen, bis sich endlich der Verwalter Ludwig zeigte. Auf Befragen nach dem Verbleib der Frau Graf antwortete Ludwig, daß sie krank sei und sich in ihrem Bett befinde. Als die Polizei jedoch das Schlafzimmer leer fand, änderte Ludwig seine

Aussage dahin ab, daß Frau Graf bereits seit einem Vierteljahr mit unbekanntem Ziel vertriebt sei. Diese merkwürdigen Angaben machten Ludwig verdächtig, weshalb er festgenommen und in Untersuchungshaft verbracht wurde.

Die Untersuchung in der Graf'schen Villa förderte geradezu ungläubliche Dinge zutage. Der Ausdruck „Schweinestall“ ist fast eine Beleidigung für die Behausung dieses sympathischen Tieres. Seit Jahren waren die Zimmer nicht mehr gereinigt worden. In ihnen trieben sich Hühner, Enten und Gänse herum, die zum Teil schon ein höheres Lebensalter erreicht hatten und sich bereits im Greisenstadium befanden. Frau Graf war so in ihre Lieblinge vernarrt, daß sie sie nach ihrem Tode ausstopfen ließ. Selbst Pferdeköpfe waren an den Wänden aufgehängt. Der Salon war das eigentliche Katzenparadies und vor allem der Speiseraum für etwa zwei Duzend Katzen. Gesäubert wurde nichts, sodah man sich unshwer vorstellen kann, in welcher Verwahrlosung sich die Zimmer und ihre Einrichtung befanden und welsch ein Gestank in ihnen herrschte. Das war die Welt von Frau Graf. Lage waren notwendig, um die Zimmer zu lüften und zu reinigen, und fäbelweise wurde der Schmutz aus den Zimmern entfernt.

Die gerichtliche Untersuchung förderte merkwürdige Zusammenhänge zutage. Der Mann von Frau Graf war Juwelier gewesen, der seiner Frau ein großes Vermögen und umfangreichen Grundbesitz hinterlassen hatte. Der einzige Sohn aus dieser Ehe hatte Selbstmord begangen, weil seine Mutter die Heirat mit der Erwählten seines Herzens nicht wünschte. Und wer war dieses Mädchen? Die Tochter des Verwalters Ludwig. Dieser Ludwig stand bereits seit einer Reihe von Jahren in ihren Diensten. Er muß es verstanden haben, sich ihr Vertrauen zu erwerben, denn trotz des Todes ihres Sohnes machte sie Ludwig zu ihrem Berater, wenn sie auch von seiner Tochter nichts wissen wollte. Nun ist auch ein Testament gefunden worden, in dem Frau Graf Ludwig zum Alleinerben eingesetzt hat.

Selbstverständlich ist die Kriminalpolizei auch der Behauptung Ludwigs nachgegangen, daß Frau Graf auf Reisen gegangen sei. Alle Nachforschungen sind jedoch ergebnislos geblieben. Es hat sich auch herausgestellt, daß nichts von den Kleidungsstücken der Frau Graf fehlt, sodah sie also ihre Reise ohne Hut und Mantel und, was besonders auffällig ist, auch ohne bares Geld hätte antreten müssen. Frau Graf hat aber von ihrem Sparguthaben längere Zeit nichts abgehoben. Wohl aber hat Ludwig am 9. September 1934, also zwei Tage, nachdem man Frau Graf zum letzten Mal gesehen hat, größere Beträge von ihrem Sparkonto geholt. Seit jener Zeit ist er dann auch des öfteren als Gast in Kölner Nachtlokalen aufgetaucht, wo er früher nie gewesen war.

Trotz der 14 Monate dauernden Untersuchungshaft leugnet Ludwig jede Schuld. Der Prozeß, der nunmehr vor dem Schwurgericht gegen ihn unter der Beschuldigung des Mordes vor sich geht, muß deshalb als Indizienprozeß durchgeführt werden.

Zwei Entschärfungen

des Reichskirchenauschusses

Berlin, 18. Febr. Kirchenamtlich wird mitgeteilt: Der Reichskirchenauschuss, der das Disziplinarrecht für die kirchlichen Amtsträger neu und einheitlich gestaltet hat, hat zwei weitere Verordnungen erlassen, um die Rechtsentwicklung in der Deutschen Evangelischen Kirche wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Durch eine „Verordnung zur Neuordnung des kirchlichen Beamtenrechts“ ist das Recht der Beamten der kirchlichen Verwaltungsbehörden in wesentlichen Punkten den Grundgesetzen des Reichsbeamtenrechts unter Berücksichtigung der durch die Eigenart der kirchlichen Verwaltung gegebenen besonderen Verhältnisse angeglichen, so in der Einführung einer Altersgrenze von 65 Jahren, in den Vorschriften über die Zulassung einer Nebenbeschäftigung und in den Fragen der Besetzung in ein anderes Amt und in den einseitigen Ruhestand. Für einen befristeten Zeitraum ist auch die Möglichkeit der Besetzung in ein Amt von geringerem Rang vorgesehen. Die Verordnung gilt auch für die Beamten der Landeskirchen. Auf Pfarrern findet sie keine Anwendung.

Eine weitere Verordnung über die kirchlichen Gemeinde- und Kreis Körperschaften gibt den Landeskirchen Richtlinien für die Wiederherstellung der Ordnung in den Kirchengemeinden und Kirchentreffen. Die von den Landeskirchen zu erlassenden Vorschriften sind, so heißt es in den Richtlinien, darauf abzustellen, die bestehenden rechtlichen oder sonstigen Schwierigkeiten in der Arbeit der Körperschaften zu überwinden.

Gleichzeitig hat der Reichskirchenauschuss in einem Rundschreiben an die Landeskirchen deren Vorschläge zur allgemeinen Frage der Neubildung der Gemeindekörperschaften angefordert. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Beratende Kammer für Verfassungsangelegenheiten die vorbereitende Bearbeitung dieser Fragen als ihre erste Aufgabe in Angriff nehmen werde.

Der Reichsverkehrsminister zur Automobil-Ausstellung

Berlin, 18. Febr. Auf einem Begrüßungsabend des Reichsverbandes der Automobilindustrie in den Festsälen des Berliner Zoo hielt Reichspost- und Reichsverkehrsminister Freiherr von Ely-Ribeaupied eine Tischrede.

Der Minister erinnerte an seine Rede bei dem Begrüßungsabend vor zwei Jahren. Er habe damals gesagt, daß er im wesentlichen nur zwei Möglichkeiten hätte, die Motorisierung finanziell zu fördern, daß aber die weitaus größeren Möglichkeiten der Förderung auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung lägen. Die beiden finanziell förderbaren Zweige seien der Sport und die wissenschaftliche Forschung. Was das Reich der Entwicklung der Rennwagen und Rennmotorräder habe angehen lassen können, das reiche nicht entfernt an die Aufwendungen heran, welche die beteiligte Industrie selbst gemacht habe. Immerhin dürfte man mit dem Erfolg recht zufrieden sein und könne mit Stolz auf die Anerkennung blicken, welche am Samstag der Führer und Reichskanzler dem Erreichten gezollt habe.

Im vergangenen Jahr habe Dr. Schacht die Förderung des Exports als eine vordringliche Aufgabe der auf dem inneren Markt so ungeheuer erstarkten Automobilindustrie ans Herz gelegt. Er glaube, daß auf diesem Gebiete trotz der verworrenen und uns Deutschen nicht günstigen Währungsverhältnisse der Welt Namhaftes geleistet worden sei. Die Automobilindustrie habe so viel Ursache, dem Führer und Reichskanzler für seine Förderung dankbar zu sein, daß sie es als vornehmste Pflicht empfinden müsse, allen anderen Industrien ein Beispiel zu geben.

Der Minister wies dann weiter auf die Worte des Führers am Samstag hin, es sollen noch Millionen deutscher Volksgenossen Kraftfahrzeuge erhalten werden und sagte u. a.: Sie selbst wünschen, daß dieses Ziel erreicht wird und Sie selbst werden die notwendigen Anstrengungen machen, um mit den Preisen Ihrer Erzeugnisse so billig zu werden, daß Ihnen eine neue, große Käuferfurcht zur Verfügung steht, die sich Kraftwagen halten kann, ohne etwa auf Familie verzichten zu müssen. Aber meine Herren, der entscheidende Faktor liegt mehr noch als im Wagenpreis in den Kosten für Betrieb und Unterhaltung. Die Beaufsichtigung und, wenn irgend möglich, die Verminderung dieser Kosten, betrachte ich als meine Aufgabe. Heute, meine Herren, wo ich Sie zu der prachtvollen Ausstellung beglückwünschen kann, fordere ich Sie alle dazu auf, mich in meinen Bestrebungen zur Senkung der Betriebskosten des Kraftwagens nachdrücklich zu unterstützen. Zum Schluß dankte der Minister allen, die an den Motorisierungserfolgen der letzten drei Jahre mitgearbeitet hätten.

Der Bundesrat verbietet

Organisationen der NSDAP in der Schweiz

Bern, 18. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: „Der Bundesrat hat auf Grund eines Beschlusses der Bundesanwaltschaft und auf Antrag des Justiz- und Polizeidepartements beschlossen, eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP in der Schweiz in irgend einer Form in Zukunft nicht mehr zuzulassen. Die grundsätzliche Frage der weiteren Zulassung von ausländischen politischen Vereinigungen in der Schweiz wird dem Justiz- und Polizeidepartement in Verbindung mit dem politischen Departement zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.“

Der Triumph

von Garmisch-Partenkirchen

Begeisterung französischer und amerikanischer Sportführer

Paris, 18. Febr. Die leitenden Persönlichkeiten der verschiedenen französischen Sportverbände sind am Montag aus Garmisch-Partenkirchen kommend, wieder in Paris eingetroffen. Alle waren ausnahmslos sowohl von der Organisation der Wintersportolympiade als auch von dem Empfang begeistert, der ihnen in Garmisch zuteil wurde.

Wie — so sagten die Rothenburger später oft, hatten sie einen Menschen so reden hören, der ihre Herzen so erschütterte wie dieser fremde Mönch. Er sprach einfach, schlicht und klar, aber seine Worte waren durchdringt von einer tiefen menschlichen Güte, Herzlichkeit, Wärme, die die Seelen ergrieff. Als er geendet und alle noch eine Weile in stummer Andacht verharren hatten, wurden die Kirchentüren geöffnet, und da tönte plötzlich hell und klar von draußen des alten Simmehorn durch die feierliche Stille. Das Brautpaar — Jörgs Liebblingslied, es hatte mächtig und voll von rauschenden, bunten Erinnerungen, über den Platz, dem Brautpaare entgegen, das nun hinausschritt:

„Es singt mein Herz von Minne laut
Das schönste aller Lieder,
Seht, Freunde, wie der Hämmer blaut,
Die Heimat grüßt uns wieder.“

Und in der Heimat wartet wohl
Die schönste aller Schönen,
Um ihre Lippen, rosenrot,
Blüht ihrer Seele Sehnen.

Und ihre Augen strahlen hell
Gleich wie des Himmels Bläue,
Mich kimmert nichts mehr in der Welt
Als meiner Liebsten Treue.

Denn singt mein Herz von Minne laut
Das schönste aller Lieder
Nun mach ich dich zu meiner Braut,
Nun hat dein Herz mich wieder!“

Dubeld verklang der letzte Ton in der Sommerluft. Jörg blickte dankbar zu Simmern hinüber. Bärbele standen die Tränen in den Augen.

Er drückte fest ihren Arm.
„Nun ist die schönste Braut — die schönste Burgfrau
in fränkischen Landen geworden,“ küßte er liebevoll.
(Fortsetzung folgt).

Der letzte Junker von Rothenburg

Roman von Paul Hain.

Waldbrand verboten

„So komm. Setze dich. In dieser stillen Nachtstunde sollst du meines wahren Vaters Schicksal erfahren. Und von deiner Mutter will ich dir erzählen, die du kaum gekannt hast.“

Er geleitete Bärbele zu einem Stuhl. Aber sie ließ ihn sich setzen mit einer kindlichen Gebärde und kauerte sich auf den kleinen Hocker zu seinen Füßen, die Arme auf seine Knie stützend und mit gläubig-leuchtenden Augen zu ihm aufsehend.

Mit leiser Stimme begann er zu erzählen.

Vor den Fenstern rauschten die Bäume summend im Nachtwind.

Bärbele war es, als höre sie ein wehmütig-ernstes Märchen. Noch einmal hob sich der Vorhang über einem längst verrauchten Lubeschiffchen, in dessen Mitte — ihre Mutter stand.

Spät war es, als Bärbele Casibius verließ. Verwirrt schmerzlich beglückt von dem Gehörten, Wunderbaren, das ihre Seele erschütterte hatte.

Niemand als sie — und Jörg sollen es wissen, das hatte sie Casibius versprochen müssen. e.

Es dauerte lange, ehe sie Schlaf fand.

Hell läuteten die Glocken der St. Jakobs-Kirche um die Mittagszeit des nächsten Tages über die Stadt. Alle Bewohner waren auf den Beinen, füllten die Straßen und Gassen, sofern sie nicht in der Kirche selbst Platz gefunden hatten, um das „schönste Brautpaar“ zu sehen, das je in Rothenburg getraut worden war. Die Trauung hätte wohl eigentlich in der Burgkapelle stattfinden können, wie es bei den Levehingern Brauch war, aber Jörg fühlte sehr wohl, seine Hochzeit mit Bärbele sei eine Sache, die ganz Rothenburg betraf. Außerdem aber wurde in der Burg noch läutlich zur Feier gemästet.

Von des Physikus Haus ging der Hochzeitszug zur Kirche.

Es war bekannt geworden, daß der fremde Mönch die Trauung vornehmen würde.

Jörg hatte ihn am Vormittag nicht mehr zu Gesicht bekommen, er hatte sich schon in aller Frühe zur Kirche begeben, die von der Rothenburger Jugend mit frischem Grün geschmückt worden war. Nur kurz, flüchtig hatte ihm Bärbele mitteilen können, wer der Bruder Casibius war.

„Das schönste Hochzeitsgeschenk, das wir uns wohl wünschen konnten, ist — er.“ küßte er andächtig.

Dann kam schon das Brautpaar. Die beiden Edlen von Brebau und Ringersberg überreichten Bärbele freudig die Brautkrone der Levehinger, das alte Erbstück des Hauses. Jörg selbst setzte sie ihr auf das Haupt.

Die Ehrenmägde traten wieder aus dem Nebenzimmer, um sich nun um sie zu bemühen.

Draußen wieherten die Pferde.

Der Falbe des Junkers und der Schimmel, der für die Braut bestimmt war. Es war alter Brauch, daß die Braut ihres Levehingers zu Pferde zur Trauung ritt. Rosen waren um das Jaumzeug, den Bügel, den Sattelgurt gestreut. Jörg hob sie hinauf. Entzückt von dem Bild, das ihre knospenhafte, rührende Mädchenschönheit auf dem Pferde bot. Dann schwang er sich selber in den Sattel.

Und der Zug setzte sich in Bewegung. Voran der alte Simmern als Zugführer. Das hatte er sich verdient.

Ein Jubeln und Hochrufen füllte die Gassen, da der Brautzug vorüberritt. Ganz Rothenburg war eine Woge jauchzender Begeisterung und treu mitempfindender Fröhlichkeit. — Weit offen standen die Tore der St. Jakobs-Kirche. Die Lichter auf dem Altar, vor dem einst Jörg und Bärbele ihr Verlöbniß geschlossen, brannten stolz und hell. Vor dem Altar aber stand Bruder Casibius.

Die Hände gefaltet. In seinem hageren Gesicht schimmerte helle Freude, da sein Blick das heranschreitende Brautpaar grüßte. Jörgs Lippen bewegten sich leise. Fest ruhten seine Augen auf dem Gesicht des Alten. Der küßte, daß Bärbele ihm alles anvertraut hatte. Ein feines Nicken zu dem Paare hin, das vor ihm in die Knie sank. —

Der Vorsitzende des französischen Olympiaausschusses, Armand Massar, erklärte einem Vertreter des „L'Auto“, daß die deutsche Organisation der Winterspiele vom ersten bis zum letzten Augenblick an geradezu unvergleichlich gewesen sei. Der Empfang, der den Franzosen zuteil geworden sei, habe sie tief bewegt, vor allem der Beifall, den die französische Abordnung gelegentlich des Vorbeimarsches der Sportler durch die Zuschauer erhalten habe. Diese spontane Kundgebung sei im weiteren Verlauf der Spiele von den besten Beziehungen zwischen den Leitern des deutschen und des französischen Sportes begleitet gewesen.

Der Generalsekretär des französischen Olympiaausschusses, De Larbe, erklärte, die Wintersportspiele in Garmisch-Partenkirchen sei eine wundervolle Kundgebung dafür gewesen, was die Kraft eines Staates leisten könne, wenn sie in den Dienst des Sportes gestellt ist. Das Beispiel, das man in Garmisch gegeben habe, müsse allen Franzosen eine Lehre sein.

Der Vorsitzende des Bobsportverbandes, Beaumich, äußerte sich gleichfalls sehr lobend über die vorzüglichste Organisation der Winterspiele, die geradezu bewundernswert gewesen sei. Noch niemals seien Olympische Winterspiele so gut organisiert gewesen. Einige Mitglieder der französischen Eishockeymannschaft äußerten sich ebenfalls sehr anerkennend über ihre Aufnahme in Garmisch; sie hätten den Eindruck gehabt, als ob sie die Liebhaber des deutschen Publikums genossen hätten. Man müsse aber auch feststellen, welche Disziplin und welche Liebe zum Sport nicht nur bei den deutschen Sportlern, sondern auch in führenden deutschen Kreisen zu finden sei. Der Sonderberichterstatter des „L'Auto“ in Garmisch-Partenkirchen sagt in einem Rückblick auf die Winterspiele, daß die deutsche Organisation über jedes Lob erhaben gewesen sei.

New York, 18. Febr. Als erster Augenzeuge der Olympischen Winterspiele kehrte der Schatzmeister des Olympischen Komitees der Vereinigten Staaten Gustav Kirby auf der „Europa“ aus Garmisch-Partenkirchen zurück. Auf Fragen von Pressevertretern äußerte er sich so begeistert über Garmisch-Partenkirchen und über das Reichssportfeld in Berlin, daß die Zeitungen berichten, „er sprach beinahe in Versen“. Weiter sagte er, die Anlagen für die Olympischen Spiele im Sommer seien unbeschreiblich. Er habe in seinem Leben nicht derartiges gesehen und die Versuchung nicht widerstehen können, auf der Aschenbahn des Stadions einen kleinen Sprint zu machen, so schön sei sie. In Garmisch-Partenkirchen sei das olympische Ideal in jeder Hinsicht hoch gehalten worden.

Kammer-Ausprache in Paris

Paris, 18. Febr. Die Kammerausprache über die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktess eröffnete der rechtsgerichtete Abg. Ballat. Nach einem Ueberblick über die früheren Pakte wies er darauf hin, daß der vorliegende französisch-sowjetrussische Pakt nicht mit den alten Bündnissen verglichen werden könne. Bisher seien Bündnisse immer nur zwischen Ländern, also geographisch bestimmten Einheiten abgeschlossen worden, diesmal verhandelt Frankreich nicht mit einem Lande, sondern mit der Dritten Internationale, die sich auch auf andere Gebiete als auf das gegenwärtige Sowjetrußland ausdehnen könnte. Der Abgeordnete betonte ferner, daß der militärische Bestand Sowjetrußlands nicht verglichen werden könne mit dem etwaigen Bestand, den Frankreich gegebenenfalls zu leisten hätte. Es würden mindestens sechs Wochen vergehen, bis die sowjetrussische Armee an der russischen Grenze zusammengezogen wäre, und dann müßte sie noch durch vier neutrale Staaten marschieren, um mit der deutschen Armee in Berührung zu gelangen.

Der italienisch-abeßinische Krieg habe im übrigen bewiesen, daß eine Luftflotte zwar zur Aufklärung eingesetzt werden könne, nie aber feindliches Gebiet besetzen könne. Die russischen Flugzeuge müßten viele hundert Kilometer zurücklegen, um Deutschland zu erreichen. Die Behauptung, daß die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktess im Interesse der Kleinen Entente liege, trübe nicht zu, würde dies der Fall sein, so könne Deutschland annehmen, daß man es eintreten wolle. Ballat glaubt nicht an einen baldigen deutsch-französischen oder deutsch-russischen Krieg, ist aber der Ansicht, daß der vorliegende Vertrag einen Streit zwischen dem Panislamismus und dem Pangermanismus beschleunigen würde.

Der Abg. Marcel Héraud (rechte Mitte) äußerte sich zunächst gegen den Vertrag und erklärte dann, Deutschland habe nicht unrecht, wenn es behaupte, daß der französisch-sowjetrussische Pakt mit dem Geist von Locarno nicht in Einklang gebracht werden könne. Aber hätte man nicht Deutschland gegenüber eine aktivere Politik der Zusammenarbeit treiben sollen, als man es bisher getan habe? (Zwischenruf von Herriot: „Vag der Fehler auf französischer Seite?“) Héraud antwortete, daß das Scheitern einer Politik noch kein Grund dafür wäre, daß man sie nicht aufs Neue versuchen sollte. Warum sollte man Deutschland gegenüber nicht neue, herzlichere und wärmere Gesten finden, auf die man vielleicht jenseits des Rheines warte? Es sei ein Fehler gewesen, immer an den „Erbsind“ zu denken, nachdem schon so viel Blut von beiden Seiten geflossen sei.

Der rechtsgerichtete Abg. Taillinger erklärte, er sei überzeugt, daß Rußland gar nicht in der Lage wäre, einen Krieg gegen eine europäische Macht erster Ordnung durchzuhalten. Wenn der Pakt ratifiziert werden sollte, müßte man sehr bald große finanzielle Opfer ins Auge fassen, um in der Zukunft den eingegangenen Verpflichtungen entsprechen zu können. So wie Barthou den Vertrag aufgesetzt hatte im Rahmen anderer Pakte, könnte man den französisch-sowjetrussischen Bestandspakt verteidigen. Aber so wie er sich heute darstelle, erscheine er wie eine Drohung gegen Deutschland.

Das englische Aufrüstungsprogramm

Industrielle Mobilmachung vorgehen

London, 18. Febr. Die Beratungen im englischen Kabinett über das neue Aufrüstungsprogramm werden sich bis in die erste Märzwoche ausdehnen. Die Maßnahmen erstrecken sich nicht nur auf technische Fragen, sondern auch auf eine allgemeine industrielle Mobilmachung für die Rüstungsarbeiten. Man glaubt, daß bei der Vergabe der Aufträge besonders auch die englischen Rüstungsgebiete berücksichtigt werden sollen. Die „Times“ sagt, es sei richtig, daß das Aufrüstungsprogramm „flüssig“ sei, d. h. daß es jederzeit beschleunigt oder verlangsamt werden könne. Es müsse auch unter Umständen eingestellt werden können, falls in der Zukunft eine endgültige Verbesserung in der internationalen Lage eintreten sollte. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Programms werde die Regierung daher erklären, daß sie entschlossen sei, ihre diplomatischen Bemühungen zur Erzielung einer besseren Verständigung unter den Nationen der Welt fortzusetzen. Sollten diese Bemühungen die erwünschten Ergebnisse haben, dann sei das Ka-

binett bereit, das Aufrüstungsprogramm zu verlangsamen. Die Regierung werde es jedoch wahr machen, daß im Falle eines Scheiterns der Diplomatie die Durchführung des Programms die bestmögliche Versicherung für eine Fortdauer des Friedens sei. Die Unterhaus-Aussprache über das Aufrüstungsprogramm werde möglicherweise am Montag, den 9. März, stattfinden.

„News Chronicle“ meldet, daß das Aufrüstungsprogramm in seiner ursprünglichen Form die Kiellegung von 20 neuen Kreuzern und 10 Ersatzkreuzern vorsehe. Diese Maßnahme werde von den Ministern allgemein befürwortet, während man sich über den Bau von Großkampfschiffen weniger einig sei. „Morningpost“ meldet, viele Unterhaus-Abgeordnete wünschten, der neue Minister für die Zusammenfassung der Wehrämter müsse ein Mann sein, der sich bereits im Weltkrieg mit der englischen Verteidigungsorganisation befaßt habe. Die jetzige Regierung habe kein Mitglied, das dieser Bedingung entspreche. Churchill und Lloyd George seien die beiden einzigen Unterhaus-Abgeordneten, die „Weltkriegserfahrung“ hätten.

Ebens Antwort an Italien

London, 18. Febr. Die britische Regierung hat Ende voriger Woche eine Mitteilung nach Rom geschickt, in der der Empfang der italienischen Note vom 24. Januar bestätigt wird. Diese Note war bekanntlich an sämtliche Mitglieder des Koordinationsausschusses gerichtet und erhob Einspruch gegen das Hebereinnehmen auf gegenseitigen Beistand, das von den Mittelmeermächten gemäß Artikel 16 Abs. 3 der Völkervereinbarung gegen einen etwaigen italienischen Angriff auf die britische Flotte im Mittelmeer abgeschlossen worden ist. In seiner Antwort weist Eden darauf hin, daß die Stellung der britischen Regierung die gleiche bleibe, wie dies in der in Frage stehenden Denkschrift ausgeführt werde. Die britische Regierung sei daher der Ansicht, daß es keinen nützlichen Zweck haben würde, wenn der Schriftwechsel über diesen Gegenstand fortgesetzt würde.

Bei der erwähnten Denkschrift handelt es sich um das von der britischen Regierung an den Völkerverbund gerichtete Schreiben, in dem ausgeführt wird, daß Vereinbarungen auf gegenseitige Unterstützung, die sich auf die gegenwärtige Krise bezügen, von Großbritannien und sieben anderen Mächten abgeschlossen worden seien. Vor der Abfassung dieser Antwort an Italien habe sich die britische Regierung mit den Mächten ins Benehmen gesetzt, die den Vereinbarungen auf gegenseitigen Beistand beigetreten sind, das heißt, mit Frankreich, Griechenland, der Türkei, Rumänien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Spanien. Man nimmt in London an, daß ähnliche befristete Noten von diesen Ländern der italienischen Regierung übermittelt werden würden.

Durchführung der polnischen Agrarreform

Wieder mehr deutscher als polnischer Besitz enteignet

Bromberg, 18. Febr. Im amtlichen polnischen Gesetzblatt ist jochen die für das Jahr 1936 veröffentlichte Namensliste der enteigneten Personen erschienen. Wieder ist in Posen und Pommern mehr deutscher Besitz als polnischer enteignet worden. Deutsche Siedler werden für die Pächteraktion allgemein nicht zugelassen, so daß die Agrarreform nur den polnischen Kleinbesitz stärkt. Die „Deutsche Rundschau in Polen“ berechnet den Gesamtverlust, den der deutsche Boden erlitten hat, wie folgt: Allein durch die Agrarreform wurden seit ihrem Beginn bis zur Liste 1935 vom deutschen Besitz 59 990 Hektar und vom polnischen Besitz nur 25 189 Hektar entzogen. Dazu kommt die vorliegende Namensliste für 1936 mit 8444 Hektar für den deutschen und 7450 Hektar für den polnischen Besitz. Das bedeutet insgesamt einen Verlust von 68 443 Hektar bei der deutschen Minderheit und von nur 32 636 Hektar bei der polnischen Mehrheit. Unter den verkleinerten deutschen Gütern befinden sich außerdem ausgeprochene Musterwirtschaften, die auch jeder sachverständige Pole als solche kennt. Wir sehen in der Agrarreform, wie sie heute gehandhabt wird, für Polen keinen landwirtschaftlichen, aber letzten Endes auch keinen nationalen Erfolg.

Generalfreik in Saragozza

Zusammenstöße zwischen Polizei und Kundgebern

Madrid, 18. Febr. Die Gewerkschaften in Saragozza, über das die spanische Regierung in Anbetracht der feindlichen Haltung der Arbeiterklasse den Kriegszustand verhängt hat, erklärten den Generalfreik.

Der sozialdemokratische Arbeiterverband UGT, sowie der sozialistische CNT, organisierten eine Kundgebung in den Straßen der Stadt, um die sofortige Freilassung sämtlicher Strafgefangener zu verlangen. Die Polizei löste den Demonstrationzug auf. Sie wurde von den Dächern aus beschossen. Die Polizei machte ihrerseits von der Waffe Gebrauch. Eine Person wurde bei der Schießerei getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt.

Militärrevolte in Paraguan

Sturz der Regierung

Buenos Aires, 18. Febr. Am Montagabend waren über Montevideo Meldungen nach Buenos Aires gelangt, nach denen in Paraguan ein Aufstand ausgebrochen sein sollte. Gegen Mitternacht bestätigten Meldungen aus den paraguayischen Städten Villarica und Encarnacion, die über die argentinische Grenzstadt Posadas eintrafen, daß in Asuncion ein Aufstand ausgebrochen ist. Nach diesen Berichten ist die Lage in der paraguayischen Hauptstadt sehr ernst. Die Straßen sind Schauplatz schwerer Schießereien. Die Führer des Aufstandes, der auf Unzufriedenheit unter den Offizieren des Heeres zurückgeführt wird, sollen angeblich die Obersten Smith und Resalde sein, die sich im Chaco-Krieg ausgezeichnet haben. Die Telefon- und Telegraphenleitungen rund um die Hauptstadt sollen zerstört worden sein. Auf Grund dieser Meldungen hat das argentinische Fluggeschwader Befehl erhalten, südaufwärts zu gehen und in der Nähe von Posadas zu ankern.

Asuncion, 18. Febr. Die in Paraguan ausgebrochene Militärrevolte unter Führung des Obersten Smith hat zum Sturz der Regierung geführt. Im Laufe der Nacht zum Dienstag sind die regierungstreuen Truppen zu den Revolutionären übergegangen.

Der Präsident C. Republic, Ayala, und der Oberbefehlshaber der Armee, General Estigarribia, sind geflüchtet. Sie befinden sich vermutlich an Bord eines regierungstreuen Fluß-Kanonenbootes. Außenminister Dr. Riart wurde von den Aufständischen verhaftet und in der Schule der Militärlieferer gefangen gesetzt.

Nach den schweren Kämpfen am Montag, in die auch Artillerie und Kanonenboote eingriffen, herrscht in der Hauptstadt Paraguan wieder Ruhe.

Rumänien und Sowjetrußland

Bukarest, 18. Febr. Am Montag wurde ein Zahlungsabkommen zwischen Rumänien und Sowjetrußland unterzeichnet. Es sieht ein völliges Gleichgewicht im Warenverkehr der beiden Länder vor. Gleichzeitig wurde ein Protokoll für die Regelung der sowjetrussisch-rumänischen Handelsbeziehungen auf Grund der Meistbegünstigung unterzeichnet. Durch die Unterzeichnung dieser Abkommen werden die seit fast zwei Jahrzehnten unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und Rumänien wieder aufgenommen. Die nunmehr mit der Unterzeichnung abgeschlossenen Verhandlungen dauerten fast ein Jahr.

Lawine reißt Siedlung in die Tiefe

New York, 18. Febr. Ein schweres Lawinenunglück ereignete sich im Gebiete des Rio Mancos im Staate Colorado. Eine große Lawine ging über eine teilweise verlassene Goldgräbersiedlung hinweg, die in 3600 Meter Höhe an einem Steilhang angelegt war. Mehrere Häuser wurden von den Schneemassen in die 500 Meter tiefe Schlucht des Flusses gerissen.

Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest. Bisher wurden sechs Todesopfer geborgen. 11 Berlebte suchten auf einem Felsblock Zuflucht, der jedoch durch die Lawine so gelockert wurde, daß Absturzgefahr besteht.

Vom Kriegsschauplatz

Der italienische Heeresbericht Nr. 129

Rom, 18. Febr. Das italienische Propagandaministerium veröffentlicht den nachstehenden, von Marschall Badoglio gedrahteten Heeresbericht Nr. 129: „Die Verluste des Feindes in der Schlacht von Enderta sind sehr hoch. Überall, wo er versuchte, unserem Vormarsch Widerstand zu leisten, hinterließ er ein mit Leichen bedecktes Gelände. Man kann die Zahl der Toten mit 6000 bis 7000 berechnen, und eine mindestens doppelt so hohe Zahl von Verwundeten annehmen. Die Zahl der Gefangenen ist sehr hoch.“

Auf unserer Seite sind folgende Verluste zu verzeichnen: Es fielen 12 Offiziere und 122 Mann der Heimatarmee, verwundet wurden 24 Offiziere und 499 Mann der Heimatarmee. Bei den Eingeborenenstruppen zählte man 54 Tote und 73 Verwundete der Hilfstruppen von Enderta und 8 Tote und 7 Verwundete der Hilfstruppen der Aiba. Von der großen Zahl der Flugzeuge, die an der Schlacht teilnahmen, ist ein Bombenflugzeug nicht mehr zurückgekehrt.“

Abessinischer Kriegsbericht

Größere Vorpostenkämpfe, 75 Tote

Addis Abeba, 18. Febr. Ras Mulugheta, der die Itälisch von Ras Senoum sich anschließende Armee befehligt, berichtet, daß am 12. Februar italienische Vorposten bis zu seinen Truppenlagern vorgestoßen seien. Am 13., 14. und 15. Februar hätten sich größere Kämpfe entwickelt, die sich jedoch ausschließlich auf starke Vorpostenabteilungen beschränkt hätten. Die Italiener hätten nur geringen Geländegewinn erringen, ihr Hauptziel dagegen, die abessinische Belagerung von Makalle zu durchbrechen, nicht erreichen können. Im weiteren Bericht des Ras Mulugheta werden die Verluste der Italiener als bedeutend angegeben, während die Abessinier nur 75 Tote und 130 Verwundete hätten.

Lotales

Widdad, den 19. Februar 1936.

Vorbereitung ist alles.

Erfahrungen bei der Verdunkelungsübung in Widdad am 17. Februar und den Vorausgegangen in anderen Gemeinden des Kreises.

Überall werden heute Verdunkelungsübungen durchgeführt, und immer noch gibt es dabei typische und scheinbar so schwer zu vermeidende Fehler, die ich hier auf Grund meiner eigenen Feststellungen bei verschiedenen, wie auch bei der obigen Verdunkelungsübung zusammengefaßt betrachten will.

Schon vor einiger Zeit wurde die Bevölkerung durch ein Merkblatt auf die bevorstehenden Verdunkelungsübungen aufmerksam gemacht, weitere Aufklärung durch die Blockwart des Reichsluftschutzbundes folgten nach, so daß wirklich Zeit genug vorhanden war, Vorbereitungen zu treffen, um dann am Tage der Verdunkelung gerüstet zu sein. Die Anweisungen und Einrichtungen müssen ja doch einmal gemacht werden! Und dennoch — wie die Erfahrung leider zeigt, wird erst in allerletzter Minute, wenn schon die Beobachter durch die Straßen gehen, mit der Arbeit begonnen, die dann befehlsmäßig, ungeübt und teilweise noch falsch das ergeben soll, was man hätte vor einigen Tagen schon beginnen sollen, wenn nur das richtige Verständnis vorhanden gewesen wäre.

Büffsch wurde das Abblendmaterial erst in letzter Minute beschafft. Die Moral hieraus für jeden: Bereits eine Verdunkelungsübung rechtzeitig vor! Daß im Rahmen solcher Übungen auch eine völlige Verdunkelung der Straßen stattfindet, haben wohl die wenigsten g-dacht. Sie bedachten nicht, daß bei vollkommenem Fehlen der Straßenbeleuchtung eine so intensive Dunkelheit eintritt, daß ein scheinbar sehr schön abgedichtetes Fenster wie ein Vollmond strahlte! Trauten also bei der eingeschränkten Beleuchtung schon einige Mängel „ans Licht“, so deckt die Verdunkelung noch erheblich größere Fehler auf, die nun hier etwas beleuchtet werden sollen.

In verschiedenen Häusern gab es noch helle Fenster und zwar aus dem Grund, weil das Dichtungsmaterial unzureichend war und auch oft nicht mit der nötigen Sorgfalt angebracht wurde.

Verstärkte Leute haben sich die Sache bequem gemacht, sie haben das Licht ausgelöscht und sind auf die Straße gegangen. Ihnen ist wohl immer noch nicht recht klar, daß im Ernstfall eine Verdunkelung nicht dementsprechend mit ein paar Tage, sondern Monate dauern kann, und daß auch die Einrichtungen getroffen werden müssen. Bedauerlicher Weise mußte man auch feststellen, daß viele Kinder sich während der Verdunkelung auf der Straße herumirren und sogar den Luftzug tröben, mit Taschenlampen zu blinken. Bei einer solchen Übung sollte nur der auf der Straße sein, der absolut muß, denn der Verkehr der Autos ist ohnehin schon sehr erschwert durch das Abblenden der Scheinwerfer, so daß er nicht noch mehr gehemmt werden darf durch undisziplinieretes Benehmen der Bevölkerung.

Die Kraftfahrer müssen sich aber auch daran gewöhnen, als ständige Ausrüstung eine Schutzhaube für ihre Scheinwerfer mit einem kleinen Schiß mitzuführen, wie es bei

einem Reichspostwagen zu sehen war, damit nicht die Straßenzüge als heller Lichtschein weithin leuchten, dies gilt auch für Radfahrer und Motorradfahrer.

Ueber das „Wie“ der Verdunkelung könnte man viel erzählen. Viele haben es einfach so gehandhabt, daß sie ein einzelnes Zimmer oder meist die Küche verdunkelten, um dann dort über die Verdunkelung zu verbleiben. Aber kaum nach einer halben Stunde konnte man sehen, wie da und dort in einem nicht abgedeckten Zimmer Licht anging und alles hell beleuchtet war.

Sie alle haben den Sinn der Übung nicht verstanden; denn sie werden im Ernstfall weder monatelang in der Küche noch auf der Straße oder im Bett kampieren können, sondern müssen ihre Wohnung und Geschäft trotz der Verdunkelung normal benutzen. Das bedeutet also, daß nicht nur etwa die Küche, sondern jedes Fenster so verdunkelt werden muß, daß die Verkleidung im Laufe der Dämmerung schnell anzubringen und am nächsten Morgen schnell wieder abzunehmen ist. Und das Wochen hindurch.

Trotzdem muß man aber anerkennen, daß viele Volksgenossen mit Mühe und Sorgfalt ihre Fenster, sei es im Geschäft, Wirtschaft oder Wohnung, abdunkelten, so daß kein Lichtstrahl nach außen drang, sogar Lichtschleusen konnten in einigen Geschäften beobachtet werden, welche dringend nötig sind und beim betreten der Räume oder Hausflure zu vermeiden, daß Licht nach außen dringt.

Die Vorbereitung einer Verdunkelung besteht also darin, zunächst das Material zu beschaffen, das man für alle Fenster und Lichtöffnungen benötigt. Das Material wird nach Maß zugeschnitten auf Rahmen oder zu Vorhängen gemacht. Man werden die fertigen Dichtungen so aufbewahrt, daß sie stets griffbereit sind, und vor allem genau bezeichnet, damit kein wildes Suchen losgeht. Legen wir dann noch etwas Feinschnitzerei bereit, dann kann verdunkelt werden, wie sich das gehört und wie es jedem Anspruch genügt. Aber diese Vorbereitungen können nicht in ein paar Minuten getroffen werden, wenn der erste Warnungsruf von der Strafe kommt und die Straßentampen bereits erloschen sind, sondern, das ist eine Arbeit von Tagen.

Die vollendete Durchführung einer solch angelegten Übung ist Sache aller Volksgenossen. Jeder muß mitwirken und an sich mitarbeiten, um ihr Gelingen zu sichern. Rechtzeitige Vorbereitung ist und bleibt die allererste Bedingung hierzu.

An Fehlern sollen wir lernen, vorausgesetzt allerdings, daß man den Willen dazu hat. Diesen Willen aber dürfen wir doch bei jedem Volksgenossen voraussetzen, denn der Wille zur Tat ist es gewesen, der den deutschen Luftschutz entstehen und erstarken ließ.

Wilhelm Geising.

Württemberg

Stuttgart, 18. Febr. (Sonderzugverkehr.) Am letzten Sonntag sind im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart 18 Sonderzüge zur Bewältigung des Verkehrs zu den Olympischen Winterspielen und des Winterpostverkehrs im Lande ausgeführt worden. Hiervon haben 14 Züge dem Verkehr zwischen Stuttgart Hbf. und Garmisch-Partenkirchen, Lichtenstein, Oberlenningen, Urach, Weissenstein und Wildbad gebient. Weitere Züge verkehrten zwischen Friedrichshafen und Lindau sowie zwischen Ulm und Sibratschoten. Ab Stuttgart sind insgesamt rund 3300, im übrigen Bereich rund 800 Reisende mit den Sonderzügen befördert worden.

Verkehrsunfall. Von einem Ferienkraftwagen

angefahren und zu Boden geworfen wurde am Montagabend eine 72 Jahre alte Frau beim Ueberfahren der Waiblingerstraße in Bad Cannstatt. Sie trug einen Schädelbruch und innere Verletzungen davon, an denen sie kurz nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus Bad Cannstatt starb.

Feuerbach, 18. Febr. (Verdunkelungsübung.) Am 28. Februar ds. Js. findet eine Erprobungsübung zur Verdunkelung des Stadtteils Stuttgart-Feuerbach statt, an der sich die gesamte Einwohnerchaft Feuerbachs beteiligen wird. Ebenso wird die Industrie in die Übung einbezogen, soweit sie nicht von der Teilnahme aus besonderen betriebstechnischen Gründen ausdrücklich befreit wurde.

Kornthal, 18. Febr. (Neuer Bürgermeister.) Auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP, Kreisleiter Kroschmer, wurde unter 28 Bewerbern zum neuen Bürgermeister von Kornthal ernannt Walter Dollmann, seitheriger Amtsverweiser in Kornthal.

Böggau O.A. Besigheim, 18. Febr. (Schwerer Sturz.) Der verheiratete Landwirt Friedrich Leonhardt jung war mit Futterheiden auf dem Futterboden beschäftigt. Bei der Arbeit glitt er aus und fiel etwa 2 Meter tief auf die Scheuerlenne ab, wo er in bewußtlosem Zustand aufgefunden wurde. Der Arzt stellte einen schweren Schädelbruch fest.

Hall, 18. Febr. (Besuch.) Der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Greisler weilte in Begleitung von Ministerialdirigent Marx, Regierungsrat Müller und Staatsanwaltschaftsrat Ebert vom Reichsjustizministerium, sowie von Generalstaatsanwalt Heinseler und Oberstaatsanwalt Link aus Stuttgart in Hall, um das Landesgefängnis zu besichtigen. Anschließend wurde die Strafanstalt in Ludwigsburg besichtigt.

Künzelsau, 18. Febr. (Eier beschlagnahmt.) Dieser Tage wurde von den Landjägern ein Händler aus Frankfurt festgehalten, weil er in mehreren Ortschaften des Bezirks Eier aufkaufte, ohne einen Uebernahmeschein für Eier zu besitzen. Die in seinem Besitz befindlichen 1650 Stück Eier wurden beschlagnahmt und der Bezirkseierkennzeichnungsstelle zugeführt.

Ulm, 18. Febr. (Hinrichtung.) Die Justizpressestelle Stuttgart teilt mit: Am 18. Februar ist in Ulm a. D. der am 5. Februar 1903 geborene Karl Müller hingerichtet worden, der vom Schwurgericht in Ulm am 15. November 1935 zum Tode verurteilt worden war. Müller hat am 15. August 1931 den Tagelöhner Friedrich Ganter in Laupheim auf grausame Weise ermordet, um alsdann dessen Witwe zu heiraten.

Von der bayerischen Grenze, 18. Febr. (Ertrunken.) Das drei Jahre alte Söhnchen des Kraftwagenführers Johann Krauß in Günzburg brach in dem Hechtweiher ein und ertrank. Das Kind war längere Zeit daheim abgängig und konnte erst am anderen Tag als Leiche geborgen werden.

Aus dem Gerichtssaal

Gutachten der Sachverständigen im Seefeld-Prozess

Schwerin, 18. Febr. In der Reihe der Sachverständigen erstattete in der Sitzung am Montagabend im Mordprozess Seefeld Medizinalrat Dr. Pfreimbter-Schwerin sein Gutachten über die Todesursachen, die möglicherweise bei den zwölf Knaben, deren Ermordung Seefeld zur Last gelegt wird, in Frage kommen könnten.

Der Sachverständige kam auf Grund des Beweisergebnisses zu dem Schluß, daß die Befunde an den Leichen nicht eindeutig seien, daß in der Verhandlung sich nichts Greifbares für brutale Gewaltanwendung durch Seefeld habe finden lassen, was auch

dem Grundzug seines Wesens, seiner ausgesprochenen Feigheit, widersprechen würde. Nachgewiesen sei, daß Seefeld viel von rasch tödlich wirkenden Giften gesprochen habe, durch die man ruhig einschlafe. Aus alledem gewinne diese Äußerung, die feigste Form des Mordes, eine recht hohe Wahrscheinlichkeit. Immerhin bleibe es eine Annahme, und das Rätsel um das Seefeld-Gift bleibe ungelöst. Eine sichere Entscheidung sei deshalb nicht möglich, weil ein Beweis für den Tod durch gasförmige Blausäure nur durch chemischen Nachweis dieser Blausäure erbracht werden könne.

Als nächster Sachverständiger erstattete der Leiter der Landesanstalt für Chemie, Professor Dr. Brünning-Berlin, sein Gutachten. Er kam zu dem Schluß, daß eine Vergiftung der Knaben nicht bewiesen und nicht anzunehmen sei und lehnte auch einen Blausäuretod ab.

In der Dienstag-Verhandlung im Mordprozess Seefeld erstattete der psychiatrische Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Zischer, Direktor der Heil- und Pflegeanstalten Sachsenberg-Lewenberg, sein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten. Nach seiner Auffassung liegt bei Seefeld eine gewisse erbliche Belastung vor, aber nicht in dem Ausmaße, wie er das behauptet hat. Zeichen irgend einer seelischen Störung finden sich bei ihm nicht. Auch Schwachsinn besteht nicht; Seefeld ist zwar ein gefühlvoller, asozialer Psychopath. Geisteskrankheit oder Geisteschwäche liegen aber nicht vor, auch keine Anhaltspunkte für das Vorkommen von Bewußtseinsstörungen. Der Sachverständige verneinte auch das Vorliegen einer verminderten Zurechnungsfähigkeit.

Am Donnerstag wird der Staatsanwalt sein Plädoyer halten.

Rundfunk

Spielplan des Reichsenders Stuttgart

Donnerstag, 20. Februar:

- 8.30 Aus Breslau: Blasmusik
- 9.30 „Vom deutschen Sago“
- 10.15 Nach Frankfurt: Volkslieder
- 12.00 Aus München: Mittagstanz
- 15.30 Bedeutungsvolle Modelkonferenz!
- 16.00 Musik am Nachmittag
- 17.45 Aus der Beratungsgesellschaft der Stadt Stuttgart für Familienkunde und Sippenforschung
- 18.00 Aus Königsberg: Konzert
- 19.45 „Erzeugungsgeschicht“
- 20.10 Aus Königsberg: Mozart-Justus
- 21.00 Nach Frankfurt: „Die Liebesinsel“
- 22.15 Karlsruhe-Stuttgart: „Faschingszauber — Haaa...!“
- 22.35 Aus Berlin: Tanzmusik
- 24.00 Aus Frankfurt: Bunte Faschingsmitemnacht.

Freitag, 21. Februar:

- 8.30 Aus Leipzig: Musikalische Frühstückspause
- 10.15 „Für Alle schafft des Bauern Kraft“
- 12.00 Aus Frankfurt: Wir spielen Ihnen zum Mittagstisch auf
- 13.15 Aus Frankfurt: „Riß am Baa“
- 15.30 „Jagd nach Sauferwind“
- 16.00 Aus Pforzheim: Bunte Musik am Nachmittag
- 17.45 „Auf 1/1 000 000 Gramm genau“
- 18.00 Aus Leipzig: Frühliche Weisen
- 19.30 3. Offenes Liebesfest
- 20.10 Lustspiele der Weltliteratur
- 21.10 „Raz und Moritz“
- 22.30 Nach Berlin: Unterhaltungskonzert
- 24.00 Nach Frankfurt: Nachtmusik.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Inh. Th. Gsch. 24. 1. 36. 750. Zur Zeit in Breslau Nr. 3 gültig.



Deutschland braucht Luftschutz!
Heißt dem Reichsluftschutzbund!

Das beste Werbemittel

für Ihr Geschäft
ist eine Anzeige im
„Wildbader Tagblatt“

Zur Fastnachts-Bäckerei

Auszugmehl 00 5 Pfd. 1.15
Weizenmehl 5 Pfd. 1.05
Kokosfett Pfd.-Zaf. 69
Apfelnachpresse-Gelee od. Gemischte Marmelade Pfd. 32

Bfäzler Rotwein Lit. 50
Wermut Lit. 75

Billige Fische:
Cabliau l. Ganzen 18
Cabliau-Filet 34
Büclinge Pfd. 26

Thams & Garfs
Wildbad Tel. 383

Wildbad, 18. Februar 1936.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme die wir beim Hinscheiden unserer lb. Entschlafenen

Mina Treiber ledig

erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Stadtvikar für die trostreichen Worte, dem ev. Kirchenchor für seinen erhebenden Gesang, sowie für die zahlreichen Kranzspenden und für die Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen

Am

Fastnachts-Dienstag

abends ab
6 Uhr 91 Min.



Wort:
„Alles ist narret!“

in allen Räumen der
„alten Vinde“

Großer Faschings = Rehraus

Plannkusch-Lotterien



2.600.000 Mark

Sonntag und Montag, je abends 7 Uhr
Großes Karnevaltreiben
im Saale des „Schwarzwaldhofes“
→ 2 Musik-Kapellen ←
Narren, Närrinnen und die gesamte Einwohnerschaft sind herzlichst eingeladen - Unk.-Beitr. 50 Pfg. p. Person
Musikverein Wildbad, e. V.

Für Fastnachtsküchle

Weizenauszugmehl Pfd. 23
Weizenmehl Pfd. 22

Salatöl offen, 1/2 Pfd. 35
Tafelöl, 1/2 Pfd. 1.80
Kokosfett, Margarine
Frische Eier, Frische Hefe

Gemischte Marmelade 32
Vierfrucht in Pappdose à 500 Gr 60

Aprikosen eingedickt Pfd. 60
10 Pfd.-Dosen 5.40
als Kompott od. Marmelade

Direkt ab See:

Kabliau l. ganzen Pfd. 20
Kabliaufilet Pfd. 35
Büclinge Pfd. 26
Lachsheringe 3 St. 25

Plannkusch

Benötigen Sie Drucksachen irgend welcher Art

wie: Rechnungen, Briefbogen
Mittelungen, Postkarten
Rundschreiben, Adress-
karten, Briefumschläge
Zahltagstaschen usw.

dann bestellen Sie in der
Buchdruckerei
Wildbader Tagblatt

